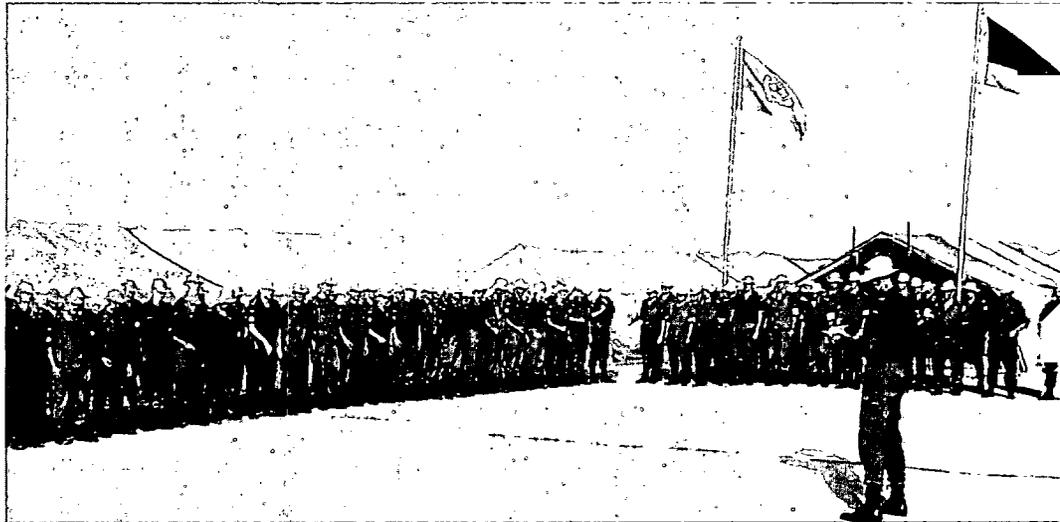


Kurswechsel

Riskantes Manöver

Die vom neuen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping geplante Kurswende in der Sicherheitspolitik stößt auf immer stärkeren Widerstand. Parteifreunde wie Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul kündigten an, sie seien nicht bereit, den Schwenk mitzumachen. Scharping will unter anderem durchsetzen, daß die SPD künftig Blauhelm-Kampfeinsätze der Bundeswehr unter Uno-Kommando billigt. Durch ein riskantes Manöver hofft er, seine Partei auf den neuen Kurs zu bringen: Im November will er sich auf dem Wiesbadener Parteitag erneut zur Wahl als Vorsitzender stellen und gleichzeitig die außen- und sicherheitspolitische Wende thematisieren.



Deutsche Uno-Soldaten (in Somalia)

Reservisten

Verpflichtung empfunden

Immer mehr Reservisten der Bundeswehr melden sich freiwillig zum Einsatz in Somalia. 300 Anfragen liegen

dem Verteidigungsministerium bereits vor, wöchentlich kommen 50 weitere hinzu. Unter den Freiwilligen sind nach Angaben eines Ministeriumssprechers etliche, wie der Chefredakteur der *Pforzheimer Zeitung*, Alfons Pieper, die „eine Verpflichtung

empfinden“, am ersten bewaffneten Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr teilzunehmen. Die meisten der Bewerber aber lockt die Bezahlung. Reservisten, die von ihrem Arbeitgeber freigestellt werden, erhalten wie Berufs- und Zeitsoldaten für den Somalia-Einsatz rund 4500 Mark netto pro Monat zusätzlich zu Lohn oder Gehalt.

Spione

Halb so schlimm

Geheimdienst-Koordinator Bernd Schmidbauer gerät auch in den eigenen Reihen zunehmend unter Druck. Der Staatsminister im Kanzleramt wurde in der vorigen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zur Überwachung der Nachrichtendienste vom CDU-Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster scharf kritisiert. Schmidbauer habe mit seiner Ankündigung, Spione des Ministeriums für

2000 Bürger der alten Bundesrepublik, bis hinein in die Spitzen von Staat und Gesellschaft, hätten in Diensten des MfS gestanden („Die Geschichte des Kalten Krieges muß neu geschrieben werden“). Vorletzten Freitag nannte er im Parlament eine wesentlich geringere Zahl: „Maximal etwas über 600.“ Gerster hielt seinem Parteifreund in der PKK-Geheimsitzung vor, alles sei doch halb so schlimm. Schmidbauer habe zuviel geredet; von einer Staatskrise könne auf gar keinen Fall gesprochen werden.

Entgegen Schmidbauers Darstellungen sind die Bundestagsparteien nicht ungewöhnlich stark mit Stasi-Spitzeln durchsetzt. SPD-Vorsitzender Rudolf Scharping erhielt zwar vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckart Werthebach, eine längere Namensliste von Verdächtigen in den Reihen der SPD, in der Mehrzahl Funktionäre und Mitarbeiter in nachgeordneten Positionen, darunter kein aktiver SPD-Bundestagsabgeordneter. Bei der FDP sind, abgesehen von einem prominenten Verdächtigen, zumeist Mitarbeiter des Apparates betroffen. Die Union muß vor allem auf Länderebene mit Ermittlungsverfahren gegen Parteigrößen rechnen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat intern die Anweisung gegeben, daß aus der Agenten-Aktion parteipolitisch „kein Nektar gesogen wird“. Wer das in der CDU dennoch versuche, „dem trete ich in den Hintern“.

Ministerversorgung

Groteske Privilegien

Die saarländische SPD will auch nach der Bereinigung der Pensionsaffäre ihres Vorsitzenden Oskar Lafontaine nicht auf Ministerprivilegien verzichten. Eine Änderung des Ministergesetzes, die vorige Woche im Saarbrücker Landtag von der SPD eingebracht wurde, sieht zwar grundsätzlich eine Reduzierung der überhöhten Versorgungsleistungen für Ex-Minister vor. Gleichzeitig aber wird der Abschied von lukrativen Vorrechten, etwa der trickreichen Doppelzählung von Amtsjahren, erleichtert: Das Übergangsgeld für ausscheidende Minister, die nicht in Pension gehen, soll um bis zu 50 Prozent erhöht werden und kann dann einen Spitzensatz von 350 000 Mark erreichen. Eine Anrechnung privater Bezüge auf das Übergangsgeld sieht der Gesetzentwurf nicht vor. Zudem sollen die alten Privile-



Schmidbauer

Staatsicherheit (MfS) würden demnächst scharenweise enttarnt, maßlos übertrieben. Schmidbauer hatte verbreitet, etwa